

Niederschrift

über die 22. öffentliche Sitzung

des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Dienstag, dem **24.10.2023**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 vom 09.10.2023**
4. **5. Änderung des Flächennutzungsplans - Vorstellung des Entwurfes und Einleitung der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 128/2023**
5. **Darstellung der rechtlichen Situation zum Thema Windenergie und Priorisierung potenziell in Frage kommender Flächen im Gemeindegebiet
Vorlage: 129/2023**
6. **Förderantrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 143/2023**
7. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsvorsitzende Manuela Mohr als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Frank Behrens
Ratsherr Reemt Borchers
Ratsfrau Madeleine Zaage

Vertreter/in

Ratsherr Thorben Arians In Vertretung für Beigeordneter Michael Ramke
Beigeordneter Achim Rutz In Vertretung für Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsherr Carsten Tschackert In Vertretung für Ratsfrau Stefanie Ahlrichs

Gäste

Herr Simon Bohlen, Kirchner Ingenieure zu TOP 4
Frau Anke Dopple, Kirchner Ingenieure zu TOP 4
Herr Erik Mielke, Kirchner Ingenieure zu TOP 4

Verwaltung

Gemeindeoberrat Klaus Oltmann als allgemeiner Vertreter für Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeinderätin Nadine Stamer
Verwaltungsfachwirtin Vanessa Waldau als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Mohr eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Einwohnerfragestunde

Die Ausschussvorsitzende erklärte, die gestellten Fragen und Anregungen der Einwohner im TOP 4 zu klären.

Ein Vertreter der NABU-Ortsgruppe Sande fragte die Ausschussmitglieder, ob in diesem Falle ein sachgerechter Beschluss möglich ist. Dieses Projekt würde viele Schutzvorschriften berühren und bedarf einer fachgerechten Beurteilung, sodass es notwendig ist sich von Externen beraten zu lassen. Weiter müssten die Bürger aktiv beteiligt werden und an der Diskussion teilhaben können.

Ein Einwohner aus Schortens sprach vor und fragte an, wieso dieses große Projekt nicht interkommunal behandelt werden könnte. So würde eine breitere Aufstellung erreicht werden.

Eine Einwohnerin führte aus, dass sie Bedenken bei der Wasserentnahme aus dem Ems-Jade-Kanal hätte. Hier gäbe es wohl ein Wasserentnahmeverbot gem. § 32 Wassergesetz. Zudem würde eine große Menge an Wasser benötigt werden. Eine Alternative wäre dann wohlmöglich das Grundwasser. Diese Form der Entnahme würde jedoch zur Senkung des Grundwasserspiegels führen und ein Absenken der Wohnhäuser zur Folge haben. Dieses Problem wäre auch schon bei dem Projekt Stora in Etzel beobachtet worden. Weiter stellt sich die Frage, wohin das genutzte Wasser abgelassen werden soll.

Außerdem gab sie weitere Bedenken hinsichtlich der vorhandenen Tiere, der landwirtschaftlichen Nutzflächen und den betroffenen Bewohnern von Dykhausen ab. Der soziale Aspekt müsste bei einem solchen Projekt auch berücksichtigt werden. In Sande gäbe es kaum neuen Wohnraum, keine KiTa-Plätze und ein sehr ausgelastetes Krankenhaus.

Auch wäre dort ein Wäldchen, das von Kindern gerne zum Spielen genutzt würde und unter anderem auch Tiere beherbergen würde.

Weiter wäre es fraglich, ob die erzeugte Energie auch tatsächlich durch die Bürger von Sande genutzt werden kann oder an andere Länder exportiert.

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 vom 09.10.2023

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 21 vom 09.10.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

4. 5. Änderung des Flächennutzungsplans - Vorstellung des Entwurfes und Einleitung der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) Vorlage: 128/2023

Das Ingenieurbüro erläuterte anhand einer Präsentation das Vorhaben der 5. Flächennutzungsplanänderung. Dabei ging es insbesondere auf den geänderten Suchraum ein. Aufgrund von Leitungen musste der Suchraum von 70 ha weiter zur Wohnsiedlung Tichelboe verlagert werden. Im Ergebnis sollen nachher 50 ha Fläche versiegelt werden. Diese Fläche soll als Sonderbaufläche im FNP ausgewiesen werden. Weitere naturschutzrelevante Aspekte werden dann im Umweltbericht dargestellt.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Fragen der Einwohnerfragestunde beantwortet und somit unter diesen Punkt aufgeführt.

Auf die Frage der NABU-Ortsgruppe Sande über die sachgerechte Beurteilung der Thematik erklärte ein Ausschussmitglied, dass die Mitglieder sich intensiv mit den besprochenen Themen auseinandersetzen würden. Zudem gäbe es diese Experten auch in den Fraktionen, wie z.B. einen Ingenieur oder Architekten.

Die Verwaltung erläuterte, dass im weiteren Verfahren die Träger öffentlicher Belange und Behörden, sowie die Bürger beteiligt werden. Dies geschieht normalerweise durch eine öffentliche Auslegung der Unterlagen und Einholung von Stellungnahmen. Die Bürger könnten durch eine Bürgerversammlung über die weitere Vorgehensweise informiert werden.

Herr von Wedel antwortete auf die Frage der interkommunalen Zusammenarbeit, dass die umliegenden Kommunen positive Auswirkungen spüren werden können. Zum einen könnten sich neue Gewerbebetriebe standortnah niederlassen, als auch von der erzeugten Energie einen Nutzen ziehen.

Herr von Wedel erklärte hinsichtlich der Bedenken und Auswirkungen der betroffenen Bürger aus Dykhausen, dass zur Herstellung von Wasserstoff kein Grundwasser benutzt würde. Eine Absenkung des Grundwassers ist also nicht zu befürchten. Der Ems-Jade-Kanal wäre momentan die beste Option für das Projekt. Aktuell sieht es so aus, als würden das vorhandene Wasser und die Reserven für das Vorhaben ausreichen. Das Wasser muss für die Herstellung von Wasserstoff besonders rein sein. Hier stehe man noch vor einer technischen Herausforderung. Es würde natürlich auch versucht werden das verbrauchte Wasser wiederzuverwenden. Bei der Herstellung von Wasserstoff werden die Moleküle aufgespalten und der Wasserstoff produziert. Ein Teil des Wassers wird somit nicht mehr verfügbar sein, sondern sich in seine einzelnen Atome aufteilen. So entsteht als „Nebenprodukt“ auch reiner Sauerstoff. Die dabei entstehende Wärme soll weiter genutzt werden. Die Auswirkungen auf die Natur können nur im weiteren Verfahren geprüft werden. Grundsätzlich soll die produzierte Energie auch vorrangig an die Region abgegeben werden.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass in Sande weiterhin neue Baugebiete entstehen sollen und es auch gewünscht ist, dass sich weitere Gewerbebetriebe ansiedeln. Zudem stehe man voll hinter diesem Projekt.

Die Gruppe Bürger für Sande/CDU beantragte, den Beschluss entsprechend der Beschlussfassung des Rates im Mai 2023 wie folgt abzuändern: Der Geltungsbereich dieser Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von zunächst rund 70 ha, die im weiteren Verfahren auf max. 50 ha reduziert wird.

Die Verwaltung entgegnete, dass es sinnvoller wäre den Beschluss so beizubehal-

ten. Der letzte Beschluss sei so gefasst worden, dass abschließend nur 50 ha versiegelt werden dürften. Es würde sich nur um einen Suchraum für die Durchführbarkeit des Projektes handeln, der sich im weiteren Verfahren durch z.B. Öffentlichkeitsbeteiligung verkleinert.

Der Antrag wurde mit 5 zu 2 Stimmen abgelehnt.

In der zweiten Präsentation stellte Herr von Wedel seine Kommunikationswege und Informationswege für die Bürger vor. Er möchte diese umfassend über die weiteren Schritte informieren. Dabei will er unter anderem auf Infoboxen, Newsletter, einen Internetauftritt und Lehrveranstaltungen in Schulen zurückgreifen.

Beschlussvorschlag:

Dem vorliegenden Entwurf der 5. Flächennutzungsplanänderung inklusive der Anpassung des Geltungsbereiches wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die frühzeitige Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB und die Unterrichtung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Darstellung der rechtlichen Situation zum Thema Windenergie und Priorisierung potenziell in Frage kommender Flächen im Gemeindegebiet **Vorlage: 129/2023**

Die Verwaltung erläuterte anhand einer Präsentation die aktuelle rechtliche Situation und die daraus resultierenden Folgen für die Gemeinde Sande. Durch die mögliche Ausschlusswirkung sollte ein Beschluss anhand des vorliegenden Standortkonzeptes Windenergie gefasst werden, um der Privilegierung und der damit eintretenden Verspargelung von Windkraftanlagen entgegenzuwirken.

Für die Priorisierung kämen zwei größere Flächen in Betracht. Zum einen die Fläche direkt gegenüber der Ortsgrenze zu Schortens. Auf der gegenüberliegenden Fläche im Schortenser Stadtgebiet soll ebenfalls ein Windpark entstehen, sodass hier ein großer Windpark entstehen könnte. Die zweite potenzielle Fläche befindet sich im südlichen Teil des Gemeindegebietes an der Grenze zur Gemeinde Zetel. Die gegenüberliegende Fläche in Zetel wäre ein Vorbehaltsgebiet. Hier müsste abgewogen werden, dass nur ein gewisser Leitungskorridor nutzbar wäre.

Grundsätzlich konnten die Ausschussmitglieder der Argumentation folgen.

Die Gruppe Bürger für Sande/CDU beantragte jedoch die Beschlussfassung vorerst zurückzustellen, um die Thematik in den Fraktionssitzungen zu beraten.

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung der Priorisierung der in Frage kommenden Windenergieflächen anhand des beschlossenen Standortkonzeptes Windenergie wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

6. Förderantrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 143/2023

Die Verwaltung erklärte die Notwendigkeit einen Förderantrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zu stellen. Durch die zunehmenden Gesetzesänderungen im Bereich Umwelt und Klima ist es notwendig, die gebotene Expertise und das unerlässliche Fachwissen vorzuhalten. Die zu beantragenden Fördermittel können dazu genutzt werden, entsprechendes Fachpersonal einzustellen. Hierzu wäre eine Ausweisung einer Stelle im Stellenplan erforderlich. Diese wäre befristet und würde sich nach dem Bewilligungszeitraum von 48 Monaten richten. Die ersten beiden Jahre würden zu 100% übernommen werden, danach wären es 60%. Eine Antragstellung muss bis zum 31.12.2023 erfolgt sein.

Einige Ausschussmitglieder konnten diesem Antrag nicht uneingeschränkt zustimmen. Es wäre schwierig den Umfang der täglichen bzw. wöchentlichen Arbeitszeit zu bestimmen. Zudem müsste die Kommune rechtlich gesehen nur ein vereinfachtes Wärmeplanungskonzept vorlegen.

Die Verwaltung erläuterte, dass andere Kommunen wie beispielsweise Zetel bereits eine Vollzeitstelle besetzen konnten. Die Antragstellung müsste zeitnah erfolgen, da sonst die Fördermittel nicht mehr abgerufen werden könnten. Außerdem käme noch hinzu, dass anderweitige Fördermittel für die Wärmeplanung nicht mehr zur Verfügung stünden, da der Landkreis Friesland im Rahmen eines Pilotprojektes eine Wärmeplanung gefördert bekommen hat. Diese würde aber nicht alle Besonderheiten berücksichtigen. Gleichwohl werden nun Anträge anderer friesländischer Kommunen abgelehnt.

Im weiteren Verlauf dieses Tagesordnungspunktes gab die Ausschussvorsitzende Frau Mohr ihren Vorsitz an Ratsherr Reemt Borchers ab.

Ein Ausschussmitglied regte eine interkommunale Zusammenarbeit an. Es erklärte, dass es schwierig sei Fachpersonal zu finden, sodass angestrebt werden sollte, sich mit einer anderen kreisangehörigen Gemeinde diese Stelle zu teilen.

Die Verwaltung antwortete, dass im weiteren Verlauf eine solche interkommunale Zusammenarbeit geprüft wird, jedoch wichtig ist, den Antrag jetzt zu stellen,

um sich die erforderlichen Fördermittel zu sichern.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Förderung zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes und den Einsatz eines Klimaschutzmanagements zu stellen.

Im Stellenplan 2024 ist eine entsprechende Stelle befristet für dieses Tätigkeitsfeld vorzusehen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Schluss der Sitzung: 18:52 Uhr